

Az.:	<b>Antrag auf Existenzsichernde Leistungen nach dem SGB XII – Seite 1 –</b>	Datum:
------	---	--------

<b>1. Angaben zu den persönlichen Verhältnissen</b>	<b>Antragsteller(in)</b>	
Familienname, auch Geburtsname, Vorname		
Anschrift Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, (freiwillig: Telefon)		
Geburtsdatum		
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet] <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> in Lebenspartnerschaft seit:	
Staatsangehörigkeit, bei Ausländern aufenthaltsrechtlicher Status		
Rentenversicherungs-Nr.		
Betreuer/in (Kopie der Bestellsurkunde <u>und</u> des Betreuerbeschlusses beifügen)		
Anschrift Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, (freiwillig: Telefon)		
Dauernd voll erwerbsgemindert ohne Rentenbezug, weil		
Schwerbehindertenausweis (Kopie des Ausweises beifügen)	Gültig bis:	Merkzeichen:
	Grad der Behinderung:	<input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> G <input type="checkbox"/> aG <input type="checkbox"/> H <input type="checkbox"/> RF <input type="checkbox"/> BI <input type="checkbox"/> GI <input type="checkbox"/> TBI
	Antrag gestellt ?	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

**2. Kranken- / Pflegeversicherung** (bitte Nachweise beifügen!)

Name und Anschrift der Krankenkasse bzw. des Versicherungsunternehmens	
Bei privater Versicherung geben Sie bitte den Leistungsumfang an:	
Ggf. Höhe des mtl. Beitrags	
Pflegegrad	<input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 4 <input type="checkbox"/> 5
seit wann	

Az.:	<b>Antrag auf Existenzsichernde Leistungen nach dem SGB XII – Seite 2 –</b>	Antragsteller(in):

### 3. Einkommen (bitte Einkommensnachweise für 12 Monate beifügen!)

Kein Einkommen	<input type="checkbox"/>
----------------	--------------------------

Einkommen	monatlicher Betrag (nicht monatliche Betragsangabe bitte kennzeichnen)	Zahlung beantragt am, Aktenzeichen, Stand des Verfahrens (Klage, Widerspruch)
Nichtselbständige Tätigkeit (Erwerbseinkommen, Ausbildungsvergütung, Entgelt der Werkstatt für behinderte Menschen)		
Leistungen der Krankenkasse (einschl. Arbeitgeberzuschuss)		
Gewerbebetrieb		
Land- und Forstwirtschaft		
Sonstige selbständige Tätigkeit		
Vermietung und Verpachtung		
Wohngeld		
Renten / Pensionen (z. B. Rente wg. Erwerbsminderung, Altersrente, Unfallrente, Landwirtschaftliches Altersgeld, Witwen- oder Waisenrente, Erziehungsrente, Kinderzuschuss/-zulage, Pflegegeld zur Rente, Werksrente, Kindererziehungsleistung, Sonstige Renten / Pensionen, Übergangsgeld, Berufsunfähigkeit usw.)		
Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz		
Leistungen des Lastenausgleichsamtes (z. B. Unterhaltshilfe, Pflegegeld, Entschädigungsrente)		
Leistungen des Arbeitsamtes (z. B. Arbeitslosengeld, ALG II, Eingliederungshilfe, Berufsausbildungsbeihilfe, Arbeitsförderungsgeld, Übergangsgeld u. a.)		
Leistungen für Kinder (z. B. Kindergeld, Erziehungsgeld)		
Ausbildungsförderung		
Unterhalt		
Privatrechtliche geldwerte Ansprüche (z. B. Beköstigung, Wohnrecht, Taschengeld, Leibrente, Pflegegeld)		
Steuererstattung		
Kapitalerträge (z. B. Zinsen)		
Sonstige Einkünfte (z. B. Rente aus privater Versicherung)		

Az.:	<b>Antrag auf Existenzsichernde Leistungen nach dem SGB XII – Seite 3 –</b>	Antragsteller(in):

**4. Vom Einkommen evtl. absetzbare Beträge (soweit nicht bereits unter Ziff. 4 berücksichtigt) (bitte Nachweise beifügen!)**

Keine absetzbaren Beträge	<input type="checkbox"/>
---------------------------	--------------------------

Ausgaben	monatlicher Betrag
Einkommenssteuern	
Krankenversicherung	
Pflegeversicherung	
Arbeitslosenversicherung	
Rentenversicherung	
Unfallversicherung	
Altersvorsorgebeiträge	
Hausratversicherung	
Sterbeversicherung	
Lebensversicherung	
Haftpflichtversicherung	
Beiträge für Berufsverbände	
Sonstiges	
Nähere Begründung zu „Sonstiges“	

**5. Bargeld, Guthaben (z. B. Spar- und Girokonten) und sonstiges Vermögen (bitte Nachweise beifügen!)**

Kein Vermögen	<input type="checkbox"/>
---------------	--------------------------

Art des Vermögens	Vermögenswert lt. Beleg	Vermögenswert lt. Schätzung
Bargeld		
Bank- / Sparguthaben (einschl. Vermögenswirk- same Leistungen)		
Wertpapiere		
Forderungen		
Lebensversicherungen (Rückkaufwert)		
Hauseigentum		
Sonstiger Grundbesitz		
Erbansprüche		
Staatlich geförderte private Altersvorsorge		
Ansprüche aus Übertrags verträgen (z. B. Wohnrecht, Nießbrauch, Altenteilsrechte)		
Sonstiges Vermögen		

Az.:	<b>Antrag auf Existenzsichernde Leistungen nach dem SGB XII – Seite 4 –</b>	Antragsteller(in):

**6. Kosten der Unterkunft**

**6.1 Miete (als Nachweis bitte den Wohn- und Betreuungsvertrag beifügen!)**

Zahl der Personen in der Wohnung:	Person(en)	Wohnfläche:	Quadratmeter
Gesamtkosten der Unterkunft:			
davon		Grundmiete:	
		Nebenkosten:	
		Heizungskosten:	

**7. Evtl. zu gewährende Geldleistungen bitte ich wie folgt zu zahlen:**

IBAN	
BIC	
Name und Sitz des Geldinstituts	
Name und Vorname des Kontoinhabers	

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass alle für die Entscheidung erforderlichen Tatsachen, Beweismittel und Unterlagen anzugeben und vorzulegen sind. Sofern Sie dieser Verpflichtung ohne Mitteilung von Hinderungsgründen nicht nachkommen, können Sozialleistungen ohne weitere Ermittlungen bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagt oder entzogen werden, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen werden. Die gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert (§§ 60, 66 SGB I).

**Erklärung**

Den Antrag auf Grundsicherungsleistung/existenzsichernde Leistungen mit seinen Anlagen habe ich wahrheitsgemäß ausgefüllt.

Wenn und solange ich Grundsicherungsleistungen/existenzsichernde Leistungen erhalte, werde ich Änderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (Familien-, Wohn-, Einkommens-, Vermögens- und Aufenthaltsverhältnisse) unverzüglich und unaufgefordert mitteilen. Dies gilt auch für Angaben zu den vertretenen Personen.

Datum
-------

Unterschrift
--------------

Gleichzeitig erhalten Sie in der Anlage die Informationen zur Datenverarbeitung nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) im Zusammenhang mit der Durchführung der dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben gemäß § 4 Abs. 1 Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (AG SGB XII), welche bei Ihnen verbleiben. Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie den Erhalt.

Datum
-------

Unterschrift
--------------

**Informationen zur Datenverarbeitung nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) im Zusammenhang mit der Durchführung der dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben gemäß § 4 Abs. 1 Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (AG SGB XII) bzw. dem Träger der Eingliederungshilfe obliegenden Aufgaben gem. § 2 Abs. 1 Gesetz zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (AG SGB IX)**

Sie haben bei einem Landkreis / einer kreisfreien Stadt wegen Sozialleistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)/Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) nachgefragt. Die Bearbeitung Ihres Anliegens erfordert eine Verarbeitung (beispielsweise das Erheben, das Erfassen, die Speicherung, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung) Ihrer personenbezogenen Daten durch die Behörden des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe (aufgeführt unter Nr. 4). Mit den folgenden Hinweisen werden Sie über diese Datenverarbeitung informiert.

**1. Name und Kontaktdaten der verantwortlichen Stelle und des Datenschutzbeauftragten**

Verantwortliche Stelle ist die Sozialagentur Sachsen-Anhalt als Behörde des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe des Landes Sachsen-Anhalt / des Trägers der Eingliederungshilfe, vertreten durch den Direktor. Den Direktor und auch den Datenschutzbeauftragten der Sozialagentur können Sie über folgende Kontakte erreichen:

Geschäftsstelle ► Magdeburger Straße 38, 06112 Halle (Saale)

Telefon ► 0345 – 6815 800 (Zentrale)

Telefax ► 0345 – 6815 803

E-Mail ► [Post@sozaq.ms.sachsen-anhalt.de](mailto:Post@sozaq.ms.sachsen-anhalt.de)

E-Mail: ► [datschutzbeauftragter.sozialagentur@sozaq.ms.sachsen-anhalt.de](mailto:datschutzbeauftragter.sozialagentur@sozaq.ms.sachsen-anhalt.de)

Internet ► <https://sozialagentur.sachsen-anhalt.de>

**2. Zwecke der Datenverarbeitung**

Das Land Sachsen-Anhalt ist als überörtlicher Träger der Sozialhilfe / als Träger der Eingliederungshilfe gemäß §§ 28, 28a Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I), §§ 3, 97 Abs. 2 SGB XII, § 94 Abs. 1 SGB IX in Verbindung mit dem Gesetz zur Ausführung des Leistungsgesetzes zuständiger Leistungsträger für Leistungen der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe gemäß SGB XII und SGB IX. Leistungen der Sozialhilfe in Zuständigkeit des Landes sind beispielsweise Leistungen der Hilfe zur Pflege, Leistungen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und der Blindenhilfe. Aufgabe dieser Leistungen ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.

Leistungen der Eingliederungshilfe in Zuständigkeit des Landes umfassen Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben, zur Teilhabe an Bildung und zur Sozialen Teilhabe. Aufgabe dieser Leistungen ist es, Leistungsberechtigten eine individuelle Lebensführung zu ermöglichen und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern.

Nach dem Sozialhilfe- und Eingliederungshilferecht sind die Möglichkeiten des Einzelnen, sich selbst zu helfen oder die erforderliche Leistung von anderen – auch von Trägern anderer Sozialleistungen zu erhalten (Nachrang der Sozialhilfe/Eingliederungshilfe), zu beachten.

Um feststellen zu können, ob Ihnen Leistungen nach dem SGB XII / SGB IX zu gewähren sind oder Möglichkeiten der Selbsthilfe oder Leistungen anderer tatsächlich gegeben sind, ist die Verarbeitung (beispielsweise das Erheben, das Abfragen, die Offenlegung durch Übermittlung, die Speicherung) Ihrer personenbezogenen Daten erforderlich.

### **3. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung**

Die Erlaubnis zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die zuständigen Behörden des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe und des Trägers der Eingliederungshilfe (aufgeführt unter Nr. 4) zur Erfüllung der vorgenannten Aufgaben stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e und Artikel 9 Abs. 4 DS-GVO in Verbindung mit §§ 35, 60 SGB I, §§ 67 ff Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), § 23 SGB IX sowie §§ 121 ff SGB XII.

### **4. Empfänger der personenbezogenen Daten**

Damit die Aufgabe der Sozialhilfe/Eingliederungshilfe unter Beachtung des Nachrangs erfüllt werden kann, werden Ihre personenbezogenen Daten durch die dafür zuständigen Behörden: das Sozialamt des Landkreises / der kreisfreien Stadt im Rahmen der Heranziehung gemäß § 4 Abs. 1 AG SGB XII und § 2 Abs. 1 AG SGB IX, die Sozialagentur Sachsen-Anhalt, das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt mit Hilfe Informationstechnik gestützter Verfahren verarbeitet und soweit dies im Einzelfall erforderlich ist, andere Leistungsträger (beispielsweise gesetzliche Krankenkassen, gesetzliche Pflegekassen, gesetzliche Rentenversicherung, Agenturen für Arbeit und sonstige Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit, kreisfreie Städte, Landkreise, Jobcenter) beteiligt. Zur Zahlung einer Sozialleistung erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch die Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt. Für im Einzelfall erforderliche Aufklärung medizinischer Sachverhalte werden personenbezogene Daten durch das Gesundheitsamt des Landkreises / der kreisfreien Stadt, im Falle einer Klage/ eines Rechtsmittelverfahrens durch das zuständige Sozialgericht, Verwaltungsgericht, Zivilgericht mit den jeweils nachfolgend zuständigen Obergerichten verarbeitet. Werden Sozial- bzw. Eingliederungshilfeleistungen durch Einrichtungen oder Dienste erbracht, werden personenbezogene Daten des Leistungsberechtigten an den jeweiligen Leistungserbringer übermittelt. Durch die Firma Dataport werden personenbezogene Daten in Auszahlungslisten verarbeitet, wenn eine Sozialleistung direkt an eine Einrichtung gezahlt wird. Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an ein Drittland ist bei den Aufgaben gemäß § 4 Abs. 1 AG SGB XII und § 2 Abs. 1 AG SGB IX nicht beabsichtigt. Die Daten werden im Übrigen nur weitergegeben, wenn eine gesetzliche Verpflichtung besteht (beispielsweise §§ 69 ff SGB X, §§ 121 ff SGB XII) oder Sie in die Weitergabe Ihrer Daten eingewilligt haben (beispielsweise vor der Durchführung der Teilhabeplankonferenz gemäß § 23 Abs. 2 SGB IX).

### **5. Dauer der Speicherung**

Die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten bemisst sich nach einer Zusammenschau der Verwirkungsregelungen in den Sozialgesetzbüchern, die eine gesetzliche Möglichkeit der Rückforderung oder dem Ersatz von Leistungen regeln. Die Speicherung erfolgt in Papierform sowie durch Informationstechnik gestützte Verfahren. Die Dauer der Datenspeicherung kann unter Beachtung von Artikel 17 Abs. 3 Buchstabe d DS-GVO in Verbindung mit dem Archivgesetz Sachsen-Anhalt verlängert werden, soweit es sich um Daten handelt, denen im öffentlichen Interesse bleibender Wert zukommt. Die Entscheidung darüber trifft das Landesarchiv Sachsen-Anhalt.

## **6. Ihre Rechte als Betroffene/Betroffener**

Unmittelbar aus der DS-GVO resultieren für Sie gegenüber dem Verantwortlichen das Auskunftsrecht über Ihre gespeicherten personenbezogenen Daten (Artikel 15 DS-GVO), das Recht auf Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten (Artikel 16 DS-GVO), das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung von Daten (Artikel 18 DS-GVO) und das Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Artikel 21 DS-GVO).

Soweit Sie von den genannten Rechten Gebrauch machen sollten, wird geprüft, ob die Voraussetzungen gegeben sind.

Für Sie besteht auch ein Beschwerderecht beim Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle	▶ Leiterstraße 9, 39104 Magdeburg
Telefon	▶ 0391 81803-0
Telefax	▶ 0391 81803-33
E-Mail	▶ <a href="mailto:poststelle@ld.sachsen-anhalt.de">poststelle@ld.sachsen-anhalt.de</a>
Internet	▶ <a href="https://datenschutz.sachsen-anhalt.de/service">https://datenschutz.sachsen-anhalt.de/service</a>

## **7. Ihre Verpflichtung zur Bereitstellung der Daten**

Wer Sozialleistungen (Dienst-, Sach- und Geldleistungen) beantragt oder erhält, ist zur Mitwirkung verpflichtet. Der Umfang Ihrer Mitwirkung sowie die Folgen bei fehlender Mitwirkung sind gesetzlich im SGB I – Allgemeiner Teil – in den §§ 60 bis 67 SGB I geregelt. Dazu gehört, dass alle Tatsachen und auch Änderungen in den Verhältnissen anzugeben sind, die für die Leistung erheblich sind. Auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers ist auch der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen. Ebenso sind auf Verlangen des Leistungsträgers entscheidungsrelevante Unterlagen vorzulegen. Erfolgt die erforderliche Mitwirkung Ihrerseits nicht, besteht gemäß § 66 SGB I die Möglichkeit, die Leistung ganz oder teilweise zu versagen oder zu entziehen.

## **8. Nachweis über die Ihnen erteilten Informationen („Rechenschaftspflicht“)**

Die Informationen zur Datenverarbeitung nach der DS-GVO sind Ihnen im Zeitpunkt der Erhebung der personenbezogenen Daten mitgeteilt worden. Der Verantwortliche muss die Einhaltung der Regelungen gemäß der DS-GVO nachweisen können. Als Nachweis, dass Ihnen gegenüber diese Informationen erfolgt sind, ist im Verwaltungsvorgang der Tag (Zeitpunkt) sowie die Form der Mitteilung (Aushändigung oder Übersendung) dokumentiert.